

Die schlimmen Jahre ihres Lebens

Lassen Sie bitte
etwaige Rassendiskriminierungen bei-
seite und betrachten Sie uns als gleich-
berechtigt, als geistig nicht minder-
wertig.

Stipendien zurückgezogen

Die worte des farbigen Kom-
millionen aus Afrika, der nach seiner
Rückkehr in seine Heimat sagte, die
Stufenjahre in der Bundesrepublik
sind die schlimmsten seines Lebens
gewesen.

Die geflüchteten algerischen Stu-
denten sind von den staatlichen und internationalen
Förderungsprogrammen ausgeschlossen; wagemutig
Zeit hat die deutsche Industrie 40 Stipendien-
angebote zurückgezogen.

Kolonialpolitik im Studium

Ausländerstudium als Form des Neokolonialismus in der Westzone / Von ALEXANDER PORZ

Der westdeutsche Rundfunk, das westdeutsche Fernsehen und vor allem die gesamte westdeutsche Presse beschäftigen sich seit Monaten mit Fragen der „Entwicklungshilfe“ für die jungen Nationalstaaten, besonders für die jungen Staaten Afrikas. Eine große Rolle in der Propaganda-Kampagne spielt das Studium ausländischer Studenten in Westdeutschland. Bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wird die Zahl von 22.000 ausländischen Studenten, die an westdeutschen Universitäten und Hochschulen studieren, der Umwelt präsentiert. Wie bei jeder Kampagne Bonn ist die Herausstellung und Bewehrung der eigenen „guten“ Absichten und Taten begleitet von üblen Hetzreden und Verleumdungen gegen die Sowjetunion und das gesamte sozialistische Lager, vor allem auch gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Das Interesse der asiatischen und afrikanischen Staaten an einer wissenschaftlichen Ausbildung ihrer künftigen Kader in den Ländern des Sozialismus liegt ihnen besonders im Magen. So hetzen sie gegen die Universität der Völkerverbrüderung „Patrice Lumumba“ und verleumdern das ehrliche Bemühen der sozialistischen Länder. Durch die gesamte westdeutsche Presse — angefangen von „Landscheids Sprachillustrierte“ bis hinunter zur „Welt“ — wurden zwei afrikanische Studenten gezerrt, die von Moskau nach Westdeutschland gegangen waren. Dieses Thema wurde vielseitig variiert, und unter Schlagzeilen wie „Afrikaner verlassen Ostblock-Universitäten“ der klägliche Versuch unternommen, dem Streben der jungen Menschen in aller Welt nach einem Studienplatz in der Sowjetunion oder in einem anderen sozialistischen Land entgegenzutreten.

Gerstenmaier gestattet und warnt

Wie sieht es aber mit der uneigenmächtigen Hilfe Bonn und mit dem Studium ausländischer Studenten in Westdeutschland aus?

Unter welchen Bedingungen Bonn zur „Hilfe“ bereit ist, führte der Bonner Bundestagspräsident und Präsident der westdeutschen Afrika-Gesellschaft, Gerstenmaier, zur Afrika-Woche aus:

„Wir erwarten hingegen von Afrika und seinen führenden Köpfen, daß sie an ihrem Entschluß, auf der Seite der Freiheit zu stehen, festhalten und daß sie diese Freiheit auch gegen die Gefahren der Betörung und gegen die Versuche der Unterwanderung verteidigen, die von Moskau und seinen Satelliten betrieben werden... Ich bin gewiß, daß Millionen Deutsche nach den Erfahrungen, die wir in den letzten Jahrzehnten gemacht haben, bei weitem vorziehen, in Armut frei zu sein, als mit Waisentränen und Sputniks beglückt unter dem Terror des Kommunismus zu leben.“

Bonn nimmt sich also das Recht heraus, die jungen Nationalstaaten politisch zu bevormunden. Herr Gerstenmaier ist dabei noch sehr großzügig. Er „gestattet“ den afrikanischen Ländern durchaus, mit der Sowjetunion Handel zu treiben. In einem Interview, das er Ende 1960 dem „Spiegel“ gab, sagte er wörtlich: „Wenn hingegen der Ministerpräsident Olympe von Togo sagen würde, die Russen laden mich ein, und ich will da meinen Kakao oder mein Palmöl verkaufen, dann würde ich sagen: Warum nicht, sehen Sie zu, wo Sie Ihr Palmöl am besten verkaufen können, aber passen Sie auf, daß Sie dadurch nicht im Hasardumfeld in eine peinliche Abhängigkeit geraten.“ Aber eine Verbindung zur DDR, das nimmt Herr Gerstenmaier sehr übel: „Eine andere Sache aber wäre es, wenn uns jemand sagen würde: Die Pankower möchten hier eine Handelsdelegation aufmachen. Ich würde antworten: Das gefällt uns gar nicht. Unvermeidlich dem Bruch streiten aber würde es, wenn die Pankower mit einem Generalkonsul oder einer Botschaft auftreten würden.“

Die Bonner Hilfe geschieht also aus politischen Gründen, als Gegengewicht zur echten Hilfe der sozialistischen Länder. Und so appellierte auch der DGB in seinem Zentralorgan „Welt der Arbeit“ an die Bundesregierung, den Afrikanern Stipendien zu gewähren, die das Studium an einer Universität oder Hochschule des Ostblocks abgebrochen haben — also nicht aus Freundschaft zu den afrikanischen Völkern. Während die aus Algerien und Frankreich geflüchteten algerischen Studenten von Universitätszeitung, 21. 3. 1961, S. 6

den staatlichen und internationalen Förderungsprogrammen ausgeschlossen sind, versprechen Bonner Agenten den in den sozialistischen Ländern, besonders auch in der Deutschen Demokratischen Republik studierenden algerischen Studenten goldene Berge, wenn sie ihr Studium in der DDR und in den anderen sozialistischen Ländern abbrechen und nach Westdeutschland kommen, weil sie daraus für ihre schmutzige Politik Kapital schlagen wollen. Dieser plumpe Antikommunismus, wie er auch auf Veranstaltungen im Rahmen der „Afrika-Woche“ deutlich wurde, stößt auf Ablehnung durch die afrikanischen Politiker, Wirtschaftsfunktionäre und Staatsmänner. So mußte sich die „Hannoversche Presse“ am 7. 11. 1960 zu der Feststellung bequemen:

„Überallhinweg wird von den Diplomaten und der Opposition bedauert, daß die offiziellen Redner in die deutsch-afrikanische Begegnung eine so starke antikommunistische Note hineingebracht hätten, die von den afrikanischen Teilnehmern als der Versuch empfunden werden könnte, sie in den kalten Krieg zwischen Ost und West hineinzuziehen.“

Kein Interesse an Industrialisierung

Die politischen Bedingungen und die politische Bevormundung sind aber nur eine Seite der Bonner Entwicklungshilfe. Das große Theater in Westdeutschland um die Entwicklungshilfe und das Interesse der westdeutschen Monopole in Afrika künden von der Jagd nach Extraprofiten, die man sich vom afrikanischen Geschäft verspricht. Man schreibt in Westdeutschland viel von einer großen Unsicherheit und einem Durcheinander in Beziehung auf die Entwicklungshilfe. Die Monopole schreiben nach einem „Entwicklungshilfe-Kommissar“, der alles koordiniert, das heißt, der ihre Profite sichert. Bisher konnten sich die Hyänen bei der Verteilung der Beute noch nicht einigen. Gerstenmaier drückt das in seinem „Spiegel“-Interview etwas vornehmer aus: „Die einen wollen dies und die anderen das, und jeder ist darauf bedacht, nichts an Kompetenzen zu verlieren.“

Die westdeutschen Monopole haben kein Interesse an einer modernen industriellen Entwicklung in den betroffenen Ländern. Sie fürchten, daß ihnen eine Konkurrenz entsteht. Selbstverständlich versuchen sie, diese Meinung mit „Theorien“ zu verschleiern. So wurde auf der Tagung der westdeutschen Sozialwissenschaftler in Tegel festgestellt:

„Während die westliche Technologie von der Voraussetzung ausgeht, daß Arbeitskräfte knapp sind und deshalb durch komplizierte Maschinen und Automaten ergänzt werden müssen, herrscht in den vortechnologischen Kulturen der Entwicklungsländer ein riesiger Bevölkerungs- und damit ein Arbeitskräfteüberschuß. Hier teure Automaten aufzustellen wäre sinnlos, weil die Beschäftigung der Arbeitslosen viel wichtiger ist.“

Selbstverständlich sind nach Meinung der westdeutschen Imperialisten auch die Arbeiter in Afrika, Indonesien und Indien nicht in der Lage, moderne Maschinen und Automaten zu bedienen. So führte Frau Prof. Dr. Westphal-Hellbusch von der „Freien“ Universität auf einem Vorbereitungskurs für „Experten“ zur Arbeit in den jungen Nationalstaaten aus, daß die Arbeiter, frühere Fellachen und Hirten, kein Arbeitsethos besäßen, weil sie die Arbeit nur als Mittel zur Erreichung des jeweils nächsten materiellen Zieles betrachten, ihnen jedoch das Arbeitsethos fehle.

Das Bestreben der westdeutschen Monopole, den Aufbau einer modernen Industrie in den Ländern Afrikas und Asiens zu verhindern, widerspiegelt sich auch im Ausländerstudium in Westdeutschland. Da viele Ausländer auf eigene Kosten an Technischen Hochschulen Westdeutschlands studieren, kann man nicht verhindern, aber Angebote mit Stipendien der Bundesregierung sehen so aus („Frankfurter Allgemeine“ vom 16. 12. 1960): „Die Bundesrepublik hat zwölf Stipendien für indische Studenten bereitgestellt. Es handelt sich um einjährige Studien 1961 und 1962 für Medizin, Germanistik, Wirtschaftswissenschaften, Mathematik, Philosophie und Soziologie.“ Es fehlen im Angebot die für die industrielle Entwicklung eines Landes so wichtigen Fachrichtungen

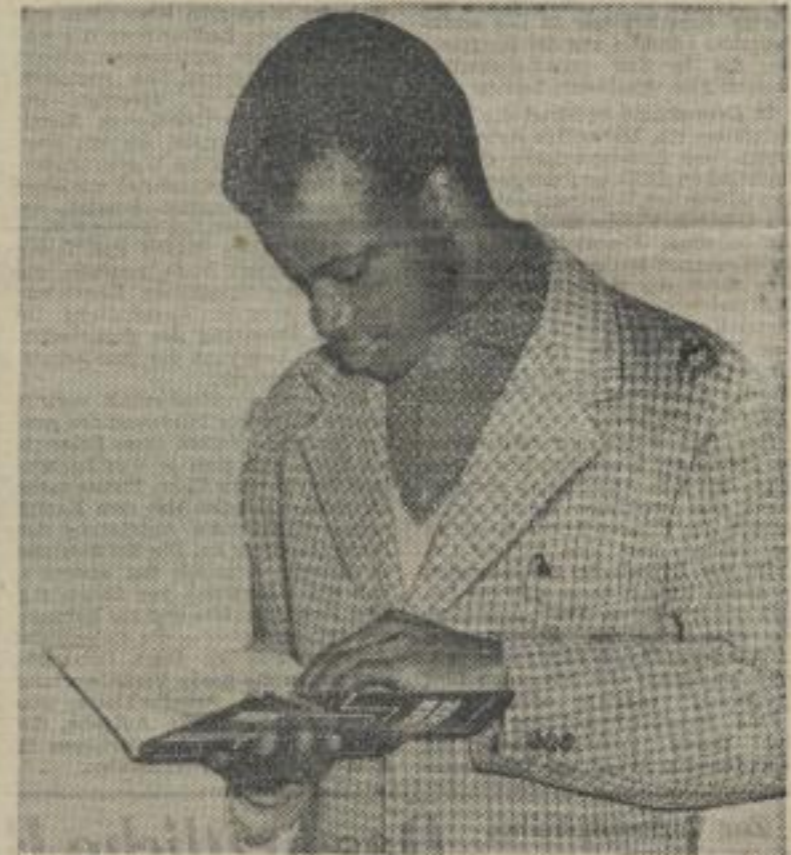
wie Chemie, Physik — sowie alle technischen Disziplinen. In der Deutschen Demokratischen Republik studieren die weitaus meisten Ausländer — einschließlich derer, die auf Einladung unserer Regierung studieren — Naturwissenschaften und Technik. Zum Beispiel die auf Einladung der DDR bei uns weilenden indischen Aspiranten promovieren fast ausschließlich an den Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultäten oder an den Technischen Hochschulen. Wir sind der Meinung, daß die jungen Nationalstaaten so schnell wie möglich eine moderne Industrie mit ihren bei uns ausgebildeten Kadern aufbauen können, weil sie dazu fähig sind. Für die westdeutschen Monopole aber ist das „indische Überfälligkeit“. Hier zeigt sich deutlich die wahre Einstellung Bonn zu den Ländern Afrikas und Asiens, der Charakter der Bonner Entwicklungshilfe.

Wie Bonn wirklich denkt, war gerade in letzter Zeit sehr deutlich zu sehen. Nicht nur, daß afrikanische Staatsmänner wie Sékou Touré beschimpft wurden, weil sie freundschaftliche Beziehungen zur DDR anknüpften, die afrikanischen Völker wurden als halbe Kannibalen und unfähige Wilde bezeichnet. Die Bonner Regierung stellte sich eindeutig hinter die Mörder Lumumbas und ließ ausländische Demonstranten nie-

dann nur zu irrsinnigen Preisen. Dabei sind sie ständigen Beleidigungen ausgesetzt. Von den vielen bekannten Beispielen nur eines, das ein ausländischer Student im „Vorwärts“ vom 24. 11. 1960 schildert:

„Am Tage meines Einzuges erlebte ich etwas, was mich völlig verwirrte. Die neue Wirtin hatte gerade Besuch, und höflicherweise kam die fremde Frau in mein Zimmer, um mich kennenzulernen. In der kurzen Unterhaltung, die sich um Ausländer drehte, sagte die Besucherin, sie könne zwar europäische Ausländer leiden, aber nicht diese gelben Asiaten und Neger. „Ach! Es wird mir schlecht, wenn ich sie sehe.“ Dabei fand sie die völlige Zustimmung meiner Wirtin. Spätere Erfahrungen sollten diesen Fall leider bestätigen.“ Dieser Student stiert dann einen seiner Kommilitonen: „Ich meine die Worte des farbigen Kommilitonen aus Afrika, der nach seiner Rückkehr in seine Heimat sagte, die Studienjahre in der Bundesrepublik seien die schlimmsten seines Lebens gewesen.“ — Und es ist erschütternd, wie dieser ausländische Student am Schluß seiner Ausführungen für alle ausländischen Kommilitonen bittet: „Lassen Sie bitte etwaige Rassendiskriminierungen beiseite und betrachten Sie uns als gleichberechtigt, als geistig nicht minderwertig. Viele von Ihnen, die Gelegenheit gehabt haben, sich mit einem Ausländer zu unterhalten, wissen, daß wir es nicht sind. Mögen die Wirtinnen uns nicht die Türen vor der Nase zuschlagen...“

Bei uns haben die ausländischen Studenten einen engen Kontakt zur



Beim Studium in unserer Republik finden die ausländischen Studenten die aufrichtige Unterstützung unserer Regierung und aller Wissenschaftler und Studenten, die ihnen helfen, sich hohe Kenntnisse anzueignen. Foto: Barth

derknüpfeln. Der westdeutsche Rundfunk, die Presse und das Fernsehen bemühen sich krampfhaft, die belgischen Kolonialherren reinzuwaschen und dem kongolischen Volk die Schuld zuzuschreiben. Das ist verständlich, gebären doch die westdeutschen Imperialisten selbst zu den geistigen Vorbereitern des Mordes an Lumumba. Bundestagspräsident Gerstenmaier führte in seinem Interview mit dem „Spiegel“ vor der Ermordung Lumumbas aus: „Ein Lumumba an der Macht kann alles ruinieren.“ Das ist deutlich! Aber sein Vizepräsident im Bundestag, Richard Jäger, ist noch deutlicher. Er schreibt in der Zeitschrift: „Deutsche Woche“ vom 28. 9. 1960:

„Die Ablehnung jeglichen Kolonialbesitzes, wie sie die amerikanischen Politiker nach dem zweiten Weltkrieg, aber auch ein großer Teil der europäischen Presse kennzeichnet, was weifremde Romantik. Mindestens ein halbes, wenn nicht ein ganzes Jahrhundert hätte Afrika noch die europäische Herrschaft gebraucht.“

Die Diffamierung der afrikanischen Menschen und aller farbigen Menschen überhaupt beeinflußt auch in starkem Maße die westdeutsche Bevölkerung. Darunter haben besonders die ausländischen Studenten zu leiden. Die Studenten aus Afrika und Asien haben es sehr schwer, in Westdeutschland ein Zimmer zu bekommen. Wenn sie ein Zimmer erhalten,

Bevölkerung, freundliche Beziehungen vor allem zu den Arbeitern in unseren Betrieben, ganz abgesehen davon, daß ihr Studium bei uns materiell gesichert ist. Das entspricht der Politik unserer Regierung, die den Befreiungskampf der unterdrückten Völker ideell und materiell unterstützt und den Gedanken der brüderlichen Verbundenheit mit den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas bei unseren Menschen entwickelt hat.

Der Stuttgarter Rundfunk äußerte einmal vorsichtig, daß nur 60 Prozent der Ausländer in Westdeutschland das Studium durchhalten. Die „Deutsche Zeitung mit Wirtschaftszeitung“ ist da etwas offener. Sie bringt am 3. 10. 1960 unter der Überschrift „Ausländer scheitern am Examen“:

„Bis zu 85 Prozent der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik besuchen nach einer Stieprobier-Untersuchung des Verbandes Deutscher Studentenvereine (VDS) ihre Vor- und Zwischenexamen nicht. Wie der VDS mitteilt, sind mangelnde Sprachkenntnisse, unzureichende fachliche Einführungen in das Studium und das Fehlen einer kontinuierlichen Studienberatung die Hauptursachen für diese Entwicklung.“

Überall dort, wo ausländische Studenten in Westdeutschland Gelegenheit haben, sich zu äußern, bringen sie die gleichen Klagen und Bitten vor. Ein ausländischer Stu-

dent schreibt z. B. im Düsseldorfener „Handelsblatt“ vom 3. 2. 1961: „Nirgends ist die akademische Freiheit so unangebracht wie im Zusammenhang mit dem Studium der Ausländer. Für nichts wäre der ausländische Student dankbarer als für eine Hilfe beim Aufbau seines Studiums.“ Der ausländische Student in Westdeutschland hat die Freiheit, im Studium unterzugehen. Wenn es sein Geldbeutel erlaubt, kann er ja einige Jahre länger studieren.

Der Student schreibt weiter: „Allmählich hört man von Ausländern, das Studium selbst bereite ihnen nicht allzuviel Sorge, da sie als Ausländer irgendwas doch zu einem Abschluß kommen.“ Also eine Prüfung mit Augenwinkern — „der Betreffende verläßt ja nach dem Examen das Inland“, wie der ausländische Student fortführt. Eine Teheraner Zeitung — die iranischen Studenten gehören zur zahlenmäßig größten Gruppe ausländischer Studenten in Westdeutschland — bemerkt dazu, daß in Westdeutschland ein Dokortodiplom leichter zu erwerben sei, als die Fahrerlaubnis für Mopeds in Teheran.

Mit einem verlängerten Studium, mit „verschenkten“ Diplomen ist den jungen Nationalstaaten, die sehr schnell qualifizierte Kader brauchen, nicht gedient. Das ist keine Hilfe! Aber es entspricht der Grundhaltung der westdeutschen Monopole, in diesen Staaten den Aufbau einer modernen Industrie zu verhindern und die Unfähigkeit dieser Völker nachzuweisen.

Brüderliche Verbundenheit

In der Deutschen Demokratischen Republik setzen sich die Verantwortlichen an den Universitäten und Hochschulen das Ziel, die ausländischen Studenten zu ausgezeichneten Fachleuten für ihre Heimatländer auszubilden. Mit jedem Ausländer wird sein Studienverlauf besprochen, und die Wissenschaftler und Assistenten unserer Universitäten und Hochschulen achten auf die planmäßige Durchführung des Studiums, auf die Einhaltung der festgesetzten Studienzeit.

Zum Beispiel haben von etwa 30 indischen Aspiranten, die vor knapp drei Jahren ohne jede Kenntnis der deutschen Sprache bei uns eintrafen, bereits 25 mit Erfolg promoviert. Unser Ausländerstudium ist noch sehr jung, aber wir schaffen die Voraussetzung, daß unsere ausländischen Studenten erfolgreich ihr Studium beenden können. Seit 1957 haben z. B. 68 ausländische Studenten an unserer Universität ihr Studium mit Examen beendet.

Die Anerkennung, die unser Bemühen in der Welt gefunden hat, die Erfolge unseres Ausländerstudiums haben eine verstärkte Hetze gegen uns in Westdeutschland hervorgerufen. Dabei ist aber unverkennbar, daß gerade im Ausländerstudium in Westdeutschland der Versuch gemacht wird, einige Dinge von uns zu übernehmen. Es gibt jetzt sogenannte Studienkollegen für Ausländer, in denen der Ausländer Gebiete vermittelt bekommt, die ihm in Vergleich zum westdeutschen Abitur fehlen. Es wird davon gesprochen, westdeutsche Studenten als wissenschaftliche Betreuer einzusetzen und einiges mehr, alles Dinge, die seit Jahren bei uns bestehen. Der ehemalige Rektor der Heidelberger Universität, Prof. Hahn, der sich bei seinem Besuch in Leipzig sehr für das Ausländerstudium interessierte, hatte ebenfalls die Übernahme einiger Organisationsformen unseres Ausländerstudiums empfohlen. Aber die Übernahme bestimmter Organisationsformen trifft ja nicht den Kern der Dinge. Solange Profitinteressen und politische Machenschaften das Verhalten zu den afrikanischen und asiatischen Staaten bestimmen, solange Westdeutschland Kolonialpolitik macht, sind organisatorische Maßnahmen ohne Wert. Es kommt auf die innere Einstellung an, auf die brüderliche Verbundenheit. Die Deutsche Demokratische Republik und alle sozialistischen Länder sehen in den jungen Nationalstaaten gleichberechtigte Partner, in den Völkern ihre Brüder. Für die DDR und die anderen sozialistischen Länder ist es eine nationale Pflicht, den jungen Staaten selbstlos zu helfen, wie es in den Beschlüssen von Moskau festgehalten wurde. Wir knüpfen damit an die Gedanken der großen Humanisten wie Johann Gottfried Herder an, an die Gedanken der Völkerverbrüderung und des Friedens.

Woran die westdeutschen Politiker anknüpfen, wird aus den Worten eines ihrer exponiertesten Vertreter, Gerstenmaier, deutlich, der zur Eröffnung der Afrika-Woche sagte: „Ich bin bewegt von dem herzlichen Empfang, den Togo dem letzten kaiserlich-deutschen Gouverneur von Togo, Selner Hobelt dem Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg, den wir heute hier herzlich willkommen heißen, zuteil werden ließ.“ Aller Rummel um die großartige Entwicklungshilfe kann also nicht verdecken, daß die westdeutschen Imperialisten Kolonialpolitik im neuen Gewände betreiben, kann aber auch nicht verdecken und nicht verhindern, daß die Völker der Welt erkennen, wer ihre Freunde sind, und die Beziehungen zu den sozialistischen Ländern immer enger gestalten. Und sie werden Bonn nicht um seine Meinung dazu fragen!